

**Vortrag „Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise:  
Was bedeuten sie für den öffentlichen Haushalt?“**

**Schon zum 21. Mal veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Andrassy Universität Budapest eine Veranstaltung aus der Reihe der Konrad-Adenauer-Vorlesungen. Zur Eröffnung des Sommersemesters sprach Professor Dr. Dr. h.c. Horst Zimmermann, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg, über die Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrisen.**

Eröffnet wurde die Veranstaltung durch kurze Begrüßungsworte des Rektors der Andrassy Universität Budapest, Professor Dr. András Masát. Frank Spengler, Leiter des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ungarn, stellte hiernach den Referenten vor und betonte die Aktualität des Themas. Im Hinblick auf die gerade getroffene Entscheidung des zyprischen Parlaments über das Rettungsprogramm der Europäischen Union unterstrich auch Professor Zimmermann diese. Im Mittelpunkt seines Vortrags standen die Auswirkungen der Krise für den öffentlichen Haushalt, also für den Steuerzahler.

Professor Zimmermann betonte zunächst, dass es falsch sei von „der Krise“ zu sprechen, sondern es sich in Wirklichkeit um die Verkettung von drei Krisen handele: Einer Finanz-, einer Wirtschafts- und einer Staatsschuldenkrise. Diese drei Krisen hätten unterschiedliche Ursachen, seien mit unterschiedlichen Mitteln zu bekämpfen und würden unterschiedliche

Belastungen für die öffentlichen Haushalte bedeuten. Hierbei betonte er, dass Deutschland die ersten beiden Krisen, auch zu seiner persönlichen Überraschung, sehr schnell und gut überwunden habe. Jedoch stelle die dritte, die Staatsschuldenkrise, Europa vor die größte und schwerste Herausforderung.

Anschließend ging der Professor Zimmermann auf die verschiedenen Krisen, beginnend bei der Finanzkrise von 2008 und 2009 ein. Er fasste die Entstehung der Krise in den Vereinigten Staaten und die staatlichen Reaktionen, speziell in Deutschland, zusammen. Hierbei lobte er ausdrücklich die Arbeit der Bundesregierung als „Erfolgsgeschichte“, da sie es geschafft habe, die Krise binnen zwei Jahren und bei minimalen Kosten für den Steuerzahler zu lösen.

Auf die Finanzkrise folgte die Wirtschaftskrise, die vor allem eine Vertrauenskrise gewesen sei. Deswegen seien Maßnahmen wie die Rettung der Firma Opel richtig gewesen, auch wenn er Unternehmensrettungen für gewöhnlich kritisch betrachten würde. Es sei entscheidend gewesen, positive Signale an den Markt zu senden und dies sei durch diese und andere Sondermaßnahmen geschehen. De facto habe eine klassische Keynesianische Krisenbekämpfung durch öffentliche Investitionen stattgefunden. Wichtig sei es gewesen, dass die Investitionen in Bereiche geflossen seien, die direkt in Nachfrage übergingen, wie in etwa im Falle öffentlicher Bauvorhaben. Professor Zimmermann verdeutlichte dies mit dem Bild einer Pumpe, welche zwar in gutem Zustand, aber lange nicht genutzt worden und dadurch ausgetrocknet sei. Durch das Angießen der Abdichtung lasse sich diese wieder in Betrieb nehmen. Dieses sogenannte „pump priming“ sei in Deutschland erfolgreich betrieben worden.

Im Falle der dritten Krise, der Staatsschuldenkrise, sei es schon deutlich schwieriger, die richtigen Maßnahmen zu benennen. Gerade im Falle Griechenlands sei das Problem durch Investitionen nicht zu lösen. Im Bild der Wasserpumpe bleibend, sagte er, dass ein „pump priming“ nicht ausreichen würde, stattdessen ein „pump remodeling“, also ein Umbau der Pumpe, vonnöten sei. Die Krise sei in dieser Form neu und langwierig. Sie sei ein völlig neues Phänomen, da sie nicht die Wirtschaft oder einen Einzelstaat betreffe, sondern eine komplexe Kombination einer Krise in einem Teil eines Währungsraums sei, der langfristig angehäuften Schulden und langfristige Strukturprobleme zugrunde lägen. Hierbei wies Professor Zimmermann auch darauf hin, dass es in der aktuellen Krise um völlig neue Größenordnungen gehe. Die Beträge um die es ginge, seien nicht mehr in Milliarden sondern in Billionen zu messen.

Ein großes Problem sei es gewesen, dass mit der Einführung des Euro eine Nivellierung der Zinsen für Staatsanleihen stattgefunden hätte und die heutigen Krisenländer dadurch Anreize erhalten hätten, Schulden zu machen. Als Reaktion auf die Krise sei eine Kombination von Maßnahmen ergriffen worden, kurzfristige wie in etwa die Rettungsschirme und die Garantien durch die EZB und langfristige Änderungen in Form von Strukturreformen. Neu sei in der aktuellen Krise dabei, dass selbst jene Länder, die an sich nicht direkt von Maßnahmen wie dem ESM betroffen seien, durch die Krise gefährdet wären. Sollte etwa der Euro zusammenbrechen oder auch nur einzelne Staaten die Währungsunion verlassen, so könnte dies eine neue Finanzkrise und eine daraus resultierende Wirtschaftskrise zur Folge haben. Besonders problematisch sei es daher, dass es im Gegensatz zu den zwei vorherigen Krisen keinen vorgegebenen Weg zur Krisenbekämpfung gebe, da es an Erfahrungen mit Situationen wie der aktuellen fehle. So wisse man nicht, ob es besser sei einzelne Krisenländer im Euro zu belassen und finanziell zu

unterstützen oder ob diese die Währungsunion besser verlassen würden.

Aufgrund der besonderen Situation hatten die Staaten nur die Option sich auf die Herausforderungen vorzubereiten. Dies bedeute, dass s eigene Bankensystem und die Unternehmen zu stärken, sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Wirtschaft zu erhöhen. Hierdurch seien die Risiken zwar nicht zu beseitigen, jedoch würde die eigene „Auffangfähigkeit“ erhöht.

Abgeschlossen wurde der Vortrag durch eine Diskussion unter Leitung von Professor Dr. Martina Eckardt, Leiterin der Professur für Finanzwissenschaften an der Andrassy Universität Budapest. Die Reaktionen des Publikums zeigten wie komplex das Thema ist und wie sehr es die Menschen beschäftigt. So wurden Fragen nach der Teilung des Euroraums in einen Nord- und einen Süd-Euro, die Rückkehr Deutschlands zur D-Mark gestellt. Beides wurde von Professor Zimmermann klar abgelehnt. Ferner wurde diskutiert, ob Eurobonds nicht die bessere Lösung zur Bekämpfung der Krise gewesen wären. Besonders interessant war die Frage, ob bei der Absicherung von Risiken bei Banken und Bürgern, beziehungsweise kleineren Unternehmen mit zweierlei Maß gemessen würde. In diesem Zusammenhang befürwortete der Professor die Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken.

Auf den Vortrag folgte ein Empfang, bei dem sich für die anwesenden Studenten und Gäste die Möglichkeit bot, einzelne Punkte des Vortrages mit dem Professor zu diskutieren. Diese Möglichkeit wurde auch rege wahrgenommen, was als Hinweis darauf zu werten ist, dass die Veranstaltung das Interesse der Zuhörer getroffen hat.

(Mark Alexander Friedrich)